

## GEDANKEN ZUR ABSTIMMUNG 15.11.2015

[http://www.abstimmungen.sg.ch/news/politische\\_rechte/2015/09/volksabstimmung\\_vom\\_15\\_november\\_2015.html](http://www.abstimmungen.sg.ch/news/politische_rechte/2015/09/volksabstimmung_vom_15_november_2015.html)

1. Kantonsratsbeschluss über den XI. Nachtrag zum Steuergesetz;
2. Kantonsratsbeschluss über den VII. Nachtrag zum Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht;
3. Kantonsratsbeschluss über den Kantonsbeitrag und die Gewährung eines Darlehens an die Sanierung und Erweiterung der Geriatrischen Klinik St.Gallen;
4. "Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle! (Prämienverbilligungsinitiative)".

### Inhaltsverzeichnis

GEDANKEN ZUR ABSTIMMUNG 15.11.2015 .....	1
ABSTIMMUNGSENTSCHEIDUNG IN 1 SATZ.....	2
Fazit Irene Varga.....	2
ABSTIMMUNGSTREFF .....	2
Von Parteilfrei SG am 21.10.2015 in St. Gallen.....	2
1. PENDLERABZUG BESCHRÄNKEN? .....	2
Auslöser 1: FABI .....	2
Auslöser 2: Sparpakete .....	3
SOLL Gesetzesänderung Kanton SG.....	3
IST Zustand Pendlerabzug .....	3
PRO Pendlerabzugsbeschränkung .....	3
CONTRA Pendlerabzugsbeschränkung.....	4
Mögliche wirkungsvollere Alternativen für Umweltschutz .....	6
NEIN zur Pendlerstrafe – Irene Varga.....	7
2. KANTONSRAT MITSPRACHE BEI RAUMPLANUNG.....	8
3. AUSBAU GERIATRISCHE KLINIK .....	8
4. INDIVIDUELLE KRANKENKASSENPRÄMIENVERBILLIGUNG .....	9
Vorgeschichte .....	9
IST Zustand.....	9
SOLL Zustand gemäss Initianten.....	9
CONTRA IPV .....	9
PRO IPV .....	10
Weitere Gedanken zu asozialen Steuersystemen.....	10
ANHANG .....	11
STATISTIK BAG.....	11
Anschauungsmaterial Pendlerstrafe.....	14

## ABSTIMMUNGSENTSCHEIDUNG IN 1 SATZ

### Fazit Irene Varga

NEIN zur Pendlerstrafe weil sie ökologisch nutzlos und sozialpolitisch falsch ist.

NEIN zu allem, was dazu führt, dass noch mehr Bauland ausgezont wird.

JA, zu einer Geriatriischen Klinik, die den Heilungsprozess durch angenehmen Aufenthalt erleichtert.

JA, zur Entschärfung des Armutrisikos, JA, zu mehr Steuergerechtigkeit, darum JA zur Individuellen Prämienverbilligung.

## ABSTIMMUNGSTREFF

### Von Parteifrei SG am 21.10.2015 in St. Gallen

Parteifreie KR Kandidaten: Luzia Osterwalder, Erich Rohrer, Thomas Hengartner, Irene Varga treffen sich zum öffentlichen Brainstorming rund um die Abstimmungsvorlagen vom Kanton SG für den 15.11.2015

ERLÄUTERUNG, 20151101/VAI: Aufgabe der Abstimmungstreffs ist es jeweils, möglichst viele PRO und CONTRA-Argumente zu finden, ganz unabhängig von der persönlichen Überzeugung. Es gibt nach dem Treff nie eine gemeinsame „Parole“. Die Mitwirkenden begrüßen, wenn die Abstimmungsempfehlungen und Begründungen der Teilnehmenden individuell und variantenreich sind.

## 1. PENDLERABZUG BESCHRÄNKEN?

### Auslöser 1: FABI

Bisher gab es beim Bund Pauschalsätze, ausser höhere notwendige Kosten konnten nachgewiesen werden. Die FABI-Vorlage (1.1.2016 in Kraft) beschränkt den Pendlerabzug auf Bundesebene auf max. CHF 3000.--. Harmonisierungsbestrebungen schaffen die Grundlage, dass auch Kantone Maximalbeträge festsetzen können.

(Anmerkung der Redaktorin Irene Varga: FABI nimmt den Endnutzer von öV vermehrt in die Pflicht, schont aber die wirtschaftlichen Hauptprofiteure einer mobilen Gesellschaft mit Steuergeschenken nach „oben“).

## Auslöser 2: Sparpakete

Das „Entlastungspaket“ rechnet mit jährlich 30 Mio Franken durch die Pendlerabzugsbeschränkung REFERENDUMSKOMMITEE: siehe (1)

## SOLL Gesetzesänderung Kanton SG

Neu soll für Unselbständige der Pendlerabzug nur noch bis maximal des Preises eines GAs 2.Klasse abziehbar sein, auch wenn höhere Gewinnungskosten angefallen waren.

Ca. 56'000 Menschen werden von der „Sparmassnahme“ betroffen sein, weil sie arbeitsplatzbedingt mehr als 22.6 km Pendeln müssen.

## IST Zustand Pendlerabzug

Regel: öV Kosten in tatsächlicher Höhe.

Ausnahmen: Wohngebiet nicht erschlossen, zeitliche (Mehraufwand 90 Min/Tag) oder wegtechnische oder auch gesundheitstechnisch oder arbeitstechnisch Unzumutbarkeit von öV u.ä. – Wer öV nicht zumutbar nutzen kann, der darf, wenn er dies nachweisen kann, effektive Kosten vom Fahrzeug abziehen.

## PRO Pendlerabzugsbeschränkung

Motive, die PRO eine Beschränkung sprechen:

- UMWELTKOMPONENTE ALS TREIBER
  - Umwelt-Lenkungsabgabe
  - Ein Zeichen für die Umwelt setzen
  - Autofahrten bestrafen
  - Auf Steuermassnahmen ist kein Verlass: sie gewähren den Abzug vielen Privilegierten, auch dann, wenn der Arbeitsweg per öV zumutbar wäre.
  - Muss denn jeder so weit weg wohnen?
  
- EFFIZIENTE VERWALTUNG
  - Ohne Sonderregelung wird die Einschätzung der Steuererklärung erheblich einfacher.
  
- GERECHTIGKEIT

- Wer weiter weg arbeitet verdient oft auch mehr, darum ist Mehrbelastung zumutbar
- SOZIALKOMPONENTE ALS TREIBER
  - Wenn nicht bei den Autofahrenden gespart werden kann, wird der Betrag anderweitig von der Basis geholt: weiterer Sozialabbau bei den Schwächsten.

## CONTRA Pendlerabzugsbeschränkung

Motive, die CONTRA eine Beschränkung sprechen:

- SOZIALE KOMPONENTE
  - Sozial Schwache werden durch Deckelung benachteiligt: RAV definiert auch weite Wege als „zumutbar“.
  - Arbeitstätige Schwerstbehinderte besonders benachteiligt, wenn sie Gewinnungskosten nicht effektiv abziehen können.
  - Arbeitnehmer, die zu Randzeiten oder in der Nacht (Schichtarbeiter Industrie, Zeitung etc.) unterwegs sein müssen und immer wieder mal „stranden“ würden, werden benachteiligt
  - Spät-Abendzüge sind zudem eine Sicherheitsrisiko sogar für allfällige Zugsbegleiter
    - CONTRA: auch Parkplätze und Parkgaragen und die Strasse selbst ist ein Sicherheitsrisiko.
  - Personalabbau („Effizienzgewinn“) beim Staat führt zu zusätzlichen Sozialproblemen
  - Bauernhaus und Natur ist für Kinder ein besserer Ort zum Aufwachsen als die Grosstadt
  - Die Städte bieten zu wenig bezahlbaren Wohnraum
  - Dort wo die bezahlbaren Wohnräume sind, fehlen die Arbeitsplätze – und oft auch der öV
  - Umweltschutz (Auto-Reduktion) erreichen durch Verarmung der Bevölkerung? Warum nicht eine ECHT (nicht abbrechende) PROGRESSIVE (Einkommen, Vermögen u.ä.) Auto-Straf-Steuer für ALLE? Umweltschutz der nicht sozialgerecht erfolgt, ist keiner, denn jene, die zuviel haben, widersetzen sich jeglichen Umweltschutzgedanken, wenn es um weitere Gewinn-, Vermögen- und Handlungsmachtmaximierung geht.
- GERECHTIGKEIT
  - Eine Unternehmung darf zig Fahrzeuge haben, und da gibt es auch nicht die Regelung, dass nur das GA pro Fahrzeug abgezogen werden darf, sondern es dürfen ALLE Kosten vom Gewinn abgezogen werden.
  - Steuererhöhung bei Unselbständigen statt bei Kapitalerträgen und Milliardären? Dies ist ein völlig falscher Ansatz!
- ÖKO-EFFEKTIVITÄT FRAGLICH
  - Wird auch nur ein einziges Auto „gespart“, nur weil der Pendlerabzug nicht mehr abziehbar ist? Kaum. Umweltwirksamkeit gleich Null.

- EFFIZIENTE VERWALTUNG
  - Bei Steuern sollte nicht die Effizienz im Vordergrund stehen sondern die soziale Gerechtigkeit nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Die Volkswirtschaft vergeudet Unsummen an „Effizienz“ durch zahlreiche Unternehmens- und Steuerberater mit dem Ergebnis von hohen Steuerverlusten durch kreative „Steuroptimierungs-Lösungen“. Da darf der Staat ruhig etwas aufwenden, um Menschen, denen solche Wege nicht offen stehen, sozialgerecht zu besteuern.
- NEOLIBERALISMUS-STOPP
  - Keine weiteren Gesetzesänderungen, welche zu Umverteilung nach oben führen. Die „Einsparungen“ enden als Steuergeschenke für die Reichsten.
- VERFALLDATUM GA
  - Der GA-Preis wird als Flexible-Obergrenze beworben. Doch was, wenn es das GA schon bald nicht mehr gibt? Wird dann der GA Preis auf 3655.- eingefroren? Falls eine Obergrenze beim Steuerabzug gewollt ist, muss sie im entsprechenden Bereich liegen, also zum Beispiel maximal sinnvolle km-Kosten u.ä.
- SINN- UND ZWECK VON STEUERERHÖHUNGEN
 

Idealerweise sollten Steuern dazu beitragen, dass es „oben“ nicht zum Übermass an Einkommen, Vermögen und Handlungsmacht kommt. Die entsprechenden staatlichen Korrektursysteme werden immer mehr geschwächt. „Oben“ gibt es zweistellige Wachstumsraten und „unten“ die allmähliche Verarmung der Massen: Die Macht über Boden und Produktionsgüter sind immer weniger breit auf die Bevölkerung verteilt.

Die beste Steuererhöhung wäre in der aktuellen Extremsituation jene, die zuoberst ansetzt. Die zweitbeste, jene, die echt (nicht abbrechend) progressiv bei allen ansetzt. Heute bricht die Progression bereits bei CHF 250'000.- ab: Es gilt der Einheitssatz von 8.5 % für die einfache Steuer (3).

Mit einer Steuer-Satz-Erhöhung hätten wir immerhin eine progressive bis prozentuale Belastung für alle.

(6)

Jener mit Einkommen 1'000'000 bezahlt heute in St. Gallen bei 259% CHF 220'150 - Bei 260% müsste er 221'000 bezahlen also CHF 850.- mehr.

Jener mit Einkommen 100'000 bezahlt heute in St. Gallen bei 259% CHF 18'518 – Bei 260% müsste er 18'589 bezahlen also CHF 71.- mehr.

Jener mit Einkommen 50'000 bezahlt heute in St. Gallen bei 259% CHF 6785.80 - Bei 260% müsste er 6812 bezahlen also CHF 26.- mehr.

Warum bloss sperren sich so viele gegen Steuersatzerhöhung und Steuerprogressionsausbau und lassen sich auf „Sparpakete“ und „Entlastungsmassnahmen“ ein, welche einige wehrlose Unglücksraben treffen?

Und noch gravierender: warum bloss stimmen alle den asozialen weil degressiv wirkenden MWST Steuerprozenten zu, welche im Verhältnis die Basis übermässig viel härter treffen als es direkte Steuern je vermöchten?

1 % MWST-Erhöhung trifft jenen mit 50'000 Einkommen zu ca. CHF 300.- Mehraufwand wenn ich annehme, dass er 30'000 MWST-pflichtigen Konsum hat. Also etwa 10x intensiver als eine Erhöhung bei der direkten Steuer!

Der Lohn-Millionär konsumiert jedoch auch kaum mehr als CHF 100'000.- mehrwertsteuerpflichtig. (Hinweis: Wohnen ist mehrwertsteuer frei, Battler und Chauffeur auch etc.). Er ist mit seinen CHF 1000.- Mehrbelastung also NICHT 10x härter getroffen sondern ca. gleich.

## Mögliche wirkungsvollere Alternativen für Umweltschutz

Statt staatlichen Sozialabbau mit der Ausrede des Umweltschutzes („grüner Kapitalismus) sollten echte Alternativen angeboten werden:

- Rentner – oder jedermann - ohne „Auto & Führerschein“ bekommt ein Gratis-GA – oder zumindest ein stark vergünstigtes GA. LO: Im Prinzip ja, aber damit würden zu viele KM einfach abgefahren, weils halt gratis ist und man sonst grad nichts zu tun hat.
- LO: In dieser Gesellschaft können wir nicht verlangen, dass die Menschen öV oder Auto gar nicht nutzen oder umgekehrt völlige Freigabe. Aber wir können darauf Einfluss nehmen, dass die Kilometer bewusster gefahren werden. ökologische Autos fördern (ohne Gefährdung der Ernährungssouveränität!). öV: Es sollten in einer Stadt eine gewisse Anzahl Kilometer und unabhängig davon eine gewisse Anzahl Kilometer mit grösseren Entfernungen gratis gefahren werden dürfen. Wer das System überreizt, muss zahlen, das könnte dann progressiv sein. Mit dem Swisspass könnten individuelle KM (z.B. für Behinderte, Pensionäre usw.) den Bedürfnissen angepasst werden.
- Förderung von günstigem Wohnraum dort wo Arbeitsplätze bestehen.
- Prämien an alle, welche NICHT mit Flugzeug oder Auto in die Ferien fahren (Kontrolle?)
- Superprämie an alle, welche gar nicht verreisen. (Kontrolle?)
- Mehr Homeworing-Tage wären sinnvoll, doch wie sind Branchen dazu zu bringen? LO: z.B. Bewusstseinsbildung, durch die Gemeinwohl-Bilanz. [www.ecogood.org](http://www.ecogood.org) Jene Unternehmen, welche einen grösseren Beitrag zum Gemeinwohl leisten, könnten von der Gemeinwohl-Gemeinde bevorzugt werden.
- Mehr azyklische Arbeitsstunden wären sinnvoll, doch wie sind Branchen dazu zu bringen? (Auch in Dienstleistungssektoren sind Arbeitszeiten nicht immer individuell verschiebbar) Wir verbrauchen fast drei Planeten – wir sollten uns ökologischere Arbeitszeitmodelle (Projekte,

Saison mehr regional – auch Wertschätzung für Arbeiten in der Landwirtschaft usw.) ausdenken und sinnstiftenden Broterwerb und Freizeitgestaltung. Wenn Arbeitskräfte den Betrieb anhand von GW-Bilanzen finden könnten...

- Schulen und Spitäler dezentralisieren statt zentralisieren: die wenigen Fachkräfte sollen pendeln statt die vielen Schüler und Besucher. **LO: Spitäler:** ob die Fachkräfte dann pendeln müssen ist nicht sicher ☺ Es braucht nicht überall Spitäler. Ich würde vorschlagen, dass Gemeinden ihre Ärzte zum Fixlohn anstellen/wählen. **Schulen:** Primarklassen sind eher dezentral – je grösser die Kinder oder je nach Studium ist das nicht mehr möglich. Aber dann müssen sie nicht mehr pendeln...
- Keine Grossveranstaltungen mehr zulassen oder mindestens nicht mitfinanzieren (EXPO, Olympia u.ä.) **Ganz genau!!! Wir sollten sinnvollen Broterwerb und Freizeitbeschäftigung fördern statt Brot und Spiele.**

## NEIN zur Pendlerstrafe – Irene Varga

- Weniger Auto und Autokilometer durch ein JA zur Pendlerstrafe? Kaum d.h. Ökoeffekt so gut wie null. öV-Frei- oder Budget-Karten für alle Autolosen können da erheblich mehr bewirken.
- Sozialschutz an die Schwächsten durch ein JA zur Pendlerstrafe? Vielleicht können die sozial Leistungen für die Schwächsten durch die härtere Besteuerung von Autofahrern kurzfristig bewahrt werden. Doch wie immer in Gewinnmaximierungssituationen spielt man da bloss auf (kurze) Zeit: welcher Neoliberale will Opportunitätskosten tragen? Wenn Sozialkosten bei den Ärmsten eingespart werden KÖNNEN, dann werden entsprechende Forderungen auch demnächst kommen...
- Sozialschutz und Steuergerechtigkeit durch ein NEIN: Besser also jetzt schon die rote Karte gegen Steuerbelastung am falschen (unten statt beim üppigen oben) Ort zeigen!

**LO: Na ja – wir wissen wie viele Personen es betrifft, aber eigentlich wissen wir nicht, was diese verdienen und wie lang ihre Arbeitswege sind. Zudem habe ich folgenden Satz gefunden - er beinhaltet Ausnahmen, sie stehen auch im Gesetz:**

„Nur wenn kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung steht oder dessen Benützung dem Steuerpflichtigen nicht zumutbar ist, können die Kosten für das private Verkehrsmittel abgezogen werden. Die Unzumutbarkeit der Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel kann sich aus gesundheitlichen Gründen (Gebrechlichkeit, Invalidität) ergeben. Sie kann ausserdem zeitlich oder beruflich bedingt sein; dies ist namentlich dann der Fall, wenn der zeitliche Mehraufwand bei Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel 90 Minuten pro Tag beträgt oder das Privatfahrzeug für berufliche Fahrten eingesetzt werden muss. Für die Berechnung der abzugsfähigen Kosten bei Benützung des privaten Fahrzeugs hat die Regierung die für die direkte Bundessteuer massgebenden Pauschalansätze für anwendbar erklärt, wobei der Nachweis höherer notwendiger Kosten aber vorbehalten bleibt“

2

(geändert)

Für die Berufskosten nach Abs. 1 lit. A Abs. 1 Bst. a bis c dieser Bestimmung legt die Regierung Pauschalansätze fest; dem Steuerpflichtigen steht im Falle von Abs. 1 lit. a und c Abs. 1 Bst. c dieser Bestimmung der Nachweis höherer Kosten offen

## 2. KANTONSRAT MITSPRACHE BEI RAUMPLANUNG

Wer soll für den Richtplan zuständig sein, die Regierung oder der Kantonsrat?

Theoretisch wäre die Zuordnung egal, solange die Aufgabe gewissenhaft erfolgen würde. Doch gerade dies scheint im Moment nicht gegeben zu sein.

Auf die Referendums- und Einsprache-Möglichkeiten hat die Kompetenzverschiebung vermutlich keinen Einfluss, oder?

Jener soll entscheiden, der mit Boden am sorgfältigsten umgehen kann. Im Kantonsrat wurde das „Mittlere Wachstum plus“ entschieden. D.h. 22 Gemeinden werden Bauland auszonieren müssen! Wo bleibt da der sorgfältige Umgang mit Boden? **Verständnisfrage: wenn Bauland ausgezont wird, ist es was – doch kein Bauland mehr...?? Dass SVP-, CVP-EVP- und die FDP-Fraktion des Kantonsrat Eine Änderung will - Ist aber klar, wohin die Reise gehen soll.**

KORREKTUR 20151029/VAi: ich dachte ich hätte das „zu“ vor Bauland vergessen, es ist aber noch viel wilder. Gemäss Tagblatt St. Gallen „Demnach könnten rund die Hälfte der St. Galler Gemeinden neues Bauland einzonen; 22 Gemeinden müssten laut Walter Locher (FDP, St.Gallen) ihre Bauzonen verkleinern.“ Gemäss Wikipedia hat der Kanton St. Gallen 77 politische Gemeinden d.h. 55 Gemeinden werden sich neues Bauland einzonen, nach dem Willen des Kantonsrates.

D.h. Wer bauen auf Acker und Naturland sinnvoll findet, sollte JA stimmen, wer der Überzeugung ist, dass wir bereits viel zu viel Bauland und viel zu wenig Natur und Acker haben, der stimmt besser NEIN, selbst wenn wir riskieren, dass bei der nächsten Regierungsratsbesetzung die Bau- und Spekulationslobby zum Zug kommt und der aktuelle Schutz einbricht.

## 3. AUSBAU GERIATRISCHE KLINIK

Jedes Bauvorhaben enthält auch gravierende Sparpotentiale. Es steht ausser unserer Kraft, jene Trojaner zu finden und das Projekt entsprechend zu bereinigen.

Generell aber wollen wir, dass die kranken alten Menschen durch eine schöne neue Bausubstanz im Heilungsprozess gestärkt werden. Darum ein allseitiges JA der Anwesenden.



## 4. INDIVIDUELLE KRANKENKASSENPRÄMIENVERBILLIGUNG

### Vorgeschichte

1995 wurde die Obligatorische Krankenkasse angenommen, mit dem Vorbehalt, dass Geringverdiener eine Prämienreicherung (IPV) bekommen.

### IST Zustand

Die Prämien sind am Steigen und Steigen. IPV und Löhne der Geringverdiener und Mittelstand stagniert oder werden gar abgebaut. Der Kanton St. Gallen ist einer der schlechtesten IPV Zahler. Immer mehr EL- und Sozialbezüger verdrängen Geringverdiener am IPV-Trog. EL bekommen nur jene AHV-Bezüger,

- die zu wenig Geldzuflüsse (max. 20'000 Einkommen) haben
- oder z.B. 0 Einkommen und max. 37'500 Vermögen. (8)

(4): Tgb: ST.GALLEN. Mit dem jüngsten Sparpaket wurden im Kanton St.Gallen die Mittel für die Krankenkassen-Prämienverbilligungen im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 Millionen Franken gekürzt. 10 000 Familien und Einzelpersonen erhalten keine Hilfe mehr.

(5) Prämienrechner zeigt z.B. dass 0 Einkommen und Vermögen von 100'005 zu 0 IPV führt. Bei einem Vermögen von 100'000 (oder bloss 20'000 Einkommen) erhält man jedoch bereits 440.20 in der Prämienregion 2 (z.B. Berg Sg) und 787.- in der Prämienregion 1 (St. Gallen)

Die Referenzprämie vom Kanton ist z.Zt. bei CHF 3520 (Region 2) resp. 3867 (Region 1). Assura (gemäss Comparis für St. Gallen die günstigste Variante) verlangt zur Zeit rund 2500.-. Dies ist die Prämie, die man VOR ZWEI JAHREN bei den eher teuren Kassen wie „Progrès“ zahlen musste. Kolping (gemäss Comparis für St. Gallen die teuerste Variante) verlangt 4682.-. Es ist nichts in Sicht, dass die politisch geförderte Gewinnmaximierungsmaschine bändigen würde. Die Zeit wird kommen wo auch der Mittelstand höhere KK-Prämien als Steuerrechnungen hat. Für Familien ist dies vermutlich schon längst der Fall.

### SOLL Zustand gemäss Initianten

IPV (9) darf nicht abgebaut werden (11) sondern soll im Gegenteil mehr Geringverdienern zugute kommen. Der Kanton St. Gallen soll wenigstens ins Mittelfeld der IPV-Zahler vorrücken. Der Beitrag vom Kanton soll mindestens dem Bundesbeitrag entsprechen.

### CONTRA IPV

- Auch wenn strenge Einkommens- und Vermögensregeln gelten, hat es bestimmt auch Giesskanneneffekte in der Vorlage
- Unnötig

- Wer fähig ist, es selbst zu finanzieren, soll es selbst finanzieren
- Wer zu wenig Geld hat und nicht damit umgehen kann, soll zum Sozialamt und in die Budgetberatung
- Bodenlose IPV-Invasion auf Kosten von Fleissigen

## PRO IPV

- **ACHTUNG:** Wenn obligatorische Abgaben viel grösser sind als die Steuerrechnung, dann ist etwas faul im – angeblich sozialgerechten - System! Keine Abgabe darf zum Armutsrisiko werden! Darum braucht es eine IPV oder noch besser das staatsfinanzierte Gesundheitswesen via echt progressiver Steuern aller Steuersubjekte.
- IPV wurde dem Volk versprochen, um das Obligatorium durchzudrücken. Beim Obligatorium gibt es kein Entkommen, man kann keine Leistungen aus der Grundversicherung „abwählen“ um zu spürbaren Einsparungen zu kommen – auch dann nicht, wenn man die klassische Medizin in weiten Bereichen ablehnt.
- Geringverdiener und Mittelstand werden am meisten gemolken (via Umlagerung von direkten zu immer mehr indirekten Kopf- und „Verursacher“ Steuern und Gebühren). IPV ist eine kleine Stütze an jene, die es brauchen
- Staatlich finanziertes Gesundheitswesen (echt progressive Steuer auf Einkommen, Vermögen, Kapital von Personen und jur. Personen) wäre das sozialgerechte Optimum. IPV ist die „Light“-Version zur sozialgerechten Voll-Finanzierung.
- Warum auch Unternehmen via Steuern mitfinanzieren sollten: auch Unternehmen profitieren von gesunden Mitarbeitenden und Kunden (zumindest unter der sehr optimistischen Annahme, dass das „Gesundheitswesen“ mehr Nutzen als Schaden stiftet ... in vielen Bereichen sieht das System jedoch aus, wie ein „Krankheitsunwesen“ [Falschbehandlung, Überbehandlung]) (12)
- Wir haben nicht „zuviel IPV“ sondern viel zu wenig. Korrigierende Rückverteilung wäre in diesem und in anderen Staaten auf breitester Front längst dringend nötig. Die sehr schnell wachsenden Vermögen hebeln die Demokratie aus.
- Der Kanton St. Gallen war bereits auf dem drittletzen Platz bevor das „Sparpaket“ geschnürt wurde. Jetzt ist die Lage noch prekärer. In einem der reichsten Länder der Welt, verarmen die Einwohnenden.
- Der Gang zum Sozialamt ist unzumutbar und höchst entwürdigend. Die Löhne stagnieren während Krankenkassenprämien explodieren. Auf rund 200'000 Arbeitsuchende kommen 10'000 offene Stellen. Das ist im übertragenen Sinn 1 Stuhl für 20 Mitspieler im Spiel „Reise nach Jerusalem“. Und der Stuhl steht erst noch auf so hohen Stelzen, so dass er nur per Helikopter erreicht werden kann und so meistens via importierten Fachkräften belegt wird. Die 20 Leerausgehenden sind NICHT Sozialschmarotzer sondern die Verlierer in unserem unmenschlichen Monopolspiel.

## Weitere Gedanken zu asozialen Steuersystemen

KRITIK: Wer hat, dem soll man geben? – ...weil nur Fleissige und/oder Sparsame haben?

PRO:

- YESSSSSS !

CONTRA:

- So manche unbezahlte Arbeit ist weit wertvoller als viele bezahlte Arbeiten.
- Die Welt wäre besser dran, wenn sich Menschen so mancher bezahlten Arbeit verweigern würden (Tierversuche, Waffenindustrie, Steuerberatung etc. etc., **LO: Gewinnoptimierung VAI: resp. Gewinnmaximierung**)
- Viele Menschen arbeiten sehr hart und sehr fleissig – doch dies ist meist sehr schlecht entlohnt
- Wer als Fötus oder in der Kindheit Traumata erlebte, hat oft Mühe sich „einzugliedern“. Es ist mehr als Ungerecht, wenn solche Menschen dann die Folgen alleine und mehrfach ausbaden müssen
- Die Natur & Leben verteilt Fähigkeiten, Antrieb, Glück & Pech sehr ungleich. Gemeinsam hätten wir Mittel und könnten Wege finden um gerechte Ausgleiche zu schaffen.

## ANHANG

### STATISTIK BAG

SG ist „konstant“ bei den schlechtesten 5 IPV-Zahlern. „Konstant“ ist aber nicht der Beitrag. Alle schlechten Zahler machen ein laufendes „Downgrading“.

FREIER FALL

der Kanton zahlt 2014 nur 25.9% von „Kantons + Bundesbeitrag“.

der Kanton zahlt 2013 nur 32.8% von „Kantons + Bundesbeitrag“.

Der Kanton zahlt 2011 nur 33.6% von „Kantons + Bundesbeitrag“.

Ob sich hier die Sparrunde bereits voll auswirkt, oder ob das „dicke Ende“ noch bevorsteht, kann ich nicht abschätzen.

Der Bund zahlt zum Glück unabhängig von den Leistungen der Kantone gemäss eigenen Berechnungen.

#### T 4.07 KVG-Verteilmodell: Berechnungsbasis sowie Bundes- und Kantonsbeiträge 2014

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung <sup>1</sup>	Grenz-gänger <sup>1</sup>	Mittlere Wohnbevölkerung und Grenz-gänger	KVG-Verteilmodell 2014 <sup>2</sup>			davon Anteil in % der Kantone
				Bundesbeiträge in Franken <sup>3</sup>	Kantonsbeiträge in Franken	Total in Franken <sup>3</sup> Beiträge	
BS	186'840	4'981	191'821	53'597'665	110'434'512	<b>164'032'177</b>	67.30%
TI	339'298	490	339'788	94'941'540	191'725'975	<b>286'667'515</b>	66.90%

VD	730'150	480	730'630	204'148'390	262'238'161	<b>466'386'551</b>	56.20%
NE	173'869	91	173'959	48'606'681	60'447'957	<b>109'054'638</b>	55.40%
GE	461'818	5'138	466'956	130'474'097	146'379'955	<b>276'854'052</b>	52.90%
JU	70'742	20	70'762	19'771'890	20'387'495	<b>40'159'385</b>	50.80%
VS	319'377	38	319'415	89'249'080	84'417'268	<b>173'666'348</b>	48.60%
AR	53'376	38	53'414	14'924'590	13'206'941	<b>28'131'531</b>	46.90%
FR	288'032	73	288'104	80'500'386	69'063'591	<b>149'563'977</b>	46.20%
SH	77'547	2'022	79'569	22'232'602	18'220'739	<b>40'453'341</b>	45.00%
ZH	1'400'486	3'034	1'403'519	392'163'398	316'196'511	<b>708'359'909</b>	44.60%
OW	36'000	23	36'023	10'065'412	7'261'245	<b>17'326'657</b>	41.90%
TG	254'093	1'774	255'867	71'492'913	44'609'010	<b>116'101'923</b>	38.40%
ZG	115'840	134	115'974	32'404'670	20'218'310	<b>52'622'980</b>	38.40%
SO	258'137	210	258'346	72'185'573	44'553'854	<b>116'739'427</b>	38.20%
GR	193'654	58	193'712	54'125'876	33'133'140	<b>87'259'016</b>	38.00%
AG	622'819	4'014	626'833	175'146'043	106'198'548	<b>281'344'591</b>	37.70%
SZ	148'867	41	148'908	41'606'913	22'546'108	<b>64'153'021</b>	35.10%
LU	384'024	113	384'137	107'333'335	53'677'677	<b>161'011'012</b>	33.30%
BL	275'949	2'294	278'243	77'745'078	38'617'538	<b>116'362'616</b>	33.20%
UR	35'538	9	35'546	9'932'062	4'660'893	<b>14'592'955</b>	31.90%
GL	39'293	28	39'321	10'986'739	3'932'292	<b>14'919'031</b>	26.40%
<b>SG</b>	<b>485'108</b>	<b>533</b>	<b>485'641</b>	<b>135'695'043</b>	<b>47'436'298</b>	<b>183'131'341</b>	<b>25.90%</b>
AI	15'730	12	15'742	4'398'657	1'512'498	<b>5'911'155</b>	25.60%
NW	41'448	9	41'457	11'583'610	3'030'019	<b>14'613'629</b>	20.70%
BE <sup>4</sup>	988'832	244	989'076	276'361'947	40'729'430	<b>317'091'377</b>	12.80%
<b>CH<sup>4</sup></b>	<b>7'996'861</b>	<b>25'899</b>	<b>8'022'760</b>	<b>2'241'674'190</b>	<b>1'764'835'965</b>	<b>4'006'510'155</b>	<b>44.00%</b>

T 4.07 KVG-Verteilmodell: Berechnungsbasis sowie Bundes- und Kantonsbeiträge

2013

	völkerung <sup>1</sup> Wohnbe- gänger <sup>1</sup>	gänger und Grenz- bevölkerung	in Franken Bundesbeiträge	in Franken Kantonsbeiträge	in Franken <sup>3</sup> Beiträge Total	in % der Kantone davon Anteil
TI	335'348	583	335'931	92'246'783	182'948'048	<b>275'194'831</b> 66.50%
BS	185'603	4'687	190'289	52'253'432	93'069'872	<b>145'323'304</b> 64.00%
VD	719'613	393	720'006	197'713'721	248'534'783	<b>446'248'504</b> 55.70%
VS	314'853	36	314'889	86'468'622	103'635'961	<b>190'104'583</b> 54.50%
NE	172'634	103	172'737	47'433'636	56'520'402	<b>103'954'038</b> 54.40%
JU	70'287	141	70'428	19'339'638	22'619'650	<b>41'959'288</b> 53.90%
GE	459'125	4'587	463'711	127'335'189	143'797'714	<b>271'132'903</b> 53.00%

FR	281'581	113	281'693	77'353'042	83'050'360	<b>160'403'402</b>	51.80%
OW	35'735	80	35'815	9'834'847	9'450'569	<b>19'285'416</b>	49.00%
AR	53'165	37	53'202	14'609'173	12'626'095	<b>27'235'268</b>	46.40%
<b>CH<sup>4</sup></b>	<b>7'912'398</b>	<b>24'371</b>	<b>7'936'769</b>	<b>2'179'437'651</b>	<b>1'835'284'649</b>	<b>4'014'722'300</b>	<b>45.70%</b>
TG	250'209	1'693	251'901	69'172'102	57'993'452	<b>127'165'554</b>	45.60%
SH	76'748	1'849	78'597	21'582'712	17'293'281	<b>38'875'993</b>	44.50%
ZH	1'382'732	2'757	1'385'489	380'455'554	288'933'436	<b>669'388'990</b>	43.20%
GR	193'005	59	193'063	53'015'149	38'354'884	<b>91'370'033</b>	42.00%
LU	379'788	96	379'884	104'316'309	72'936'567	<b>177'252'876</b>	41.10%
ZG	114'105	112	114'216	31'363'774	21'554'916	<b>52'918'690</b>	40.70%
SO	256'137	193	256'330	70'388'287	48'210'564	<b>118'598'851</b>	40.70%
NW	41'168	7	41'175	11'306'608	7'067'070	<b>18'373'678</b>	38.50%
UR	35'402	6	35'408	9'723'021	5'783'956	<b>15'506'977</b>	37.30%
BL	274'882	2'144	277'026	76'071'244	43'894'254	<b>119'965'499</b>	36.60%
AG	614'882	3'679	618'561	169'856'944	97'307'275	<b>267'164'220</b>	36.40%
<b>SG</b>	<b>481'032</b>	<b>514</b>	<b>481'546</b>	<b>132'232'540</b>	<b>64'490'149</b>	<b>196'722'689</b>	<b>32.80%</b>
GL	38'913	161	39'074	10'729'701	4'985'743	<b>15'715'444</b>	31.70%
SZ	147'317	89	147'406	40'477'804	18'341'871	<b>58'819'675</b>	31.20%
AI	15'716	22	15'737	4'321'479	1'629'074	<b>5'950'553</b>	27.40%
BE <sup>4</sup>	982'424	228	982'652	269'836'338	90'254'703	<b>360'091'041</b>	25.10%
Kanton	Mittlere	Grenz-	Mittlere Wohn-	KVG-Verteilmodell 2013 <sup>2</sup>			

**T 4.07 KVG-Verteilmodell: Berechnungsbasis sowie Bundes- und Kantonsbeiträge**

**2011**

Kanton	Mittlere Wohnbe- völkerung <sup>1</sup>	Grenz- gänger <sup>1</sup>	Mittlere Wohn- bevölkerung und Grenz- gänger	KVG-Verteilmodell 2011 <sup>2</sup>		Total Beiträge * in Franken <sup>3</sup>	* davon Anteil der Kantone in %
				Bundesbeiträge in Franken	Kantonsbeiträge in Franken		
TI	333'567	543	334'110	90'359'706	182'895'575	<b>273'255'281</b>	66.90%
BS	192'068	4'194	196'262	53'078'831	83'777'405	<b>136'856'236</b>	61.20%
SH	75'691	1'790	77'481	20'954'664	28'084'387	<b>49'039'051</b>	57.30%
VS	305'178	31	305'209	82'543'266	95'799'614	<b>178'342'880</b>	53.70%
VD	704'916	297	705'213	190'723'891	206'655'294	<b>397'379'185</b>	52.00%
BE	979'554	233	979'787	264'981'952	280'911'880	<b>545'893'832</b>	51.50%
NE	172'263	82	172'345	46'610'492	47'686'271	<b>94'296'763</b>	50.60%
FR	273'855	148	274'003	74'103'757	75'381'318	<b>149'485'075</b>	50.40%
JU	68'709	25	68'734	18'588'995	18'843'677	<b>37'432'672</b>	50.30%
GE	453'674	4'510	458'184	123'915'140	124'759'657	<b>248'674'797</b>	50.20%
OW	34'667	10	34'677	9'378'310	9'043'261	<b>18'421'571</b>	49.10%

ZH	1'366'821	2'558	1'369'379	370'346'571	326'753'258	<b>697'099'829</b>	46.90%
TG	244'069	1'523	245'592	66'419'901	57'611'507	<b>124'031'408</b>	46.40%
SO	252'083	154	252'237	68'217'118	56'775'583	<b>124'992'701</b>	45.40%
AR	52'681	34	52'715	14'256'617	11'012'742	<b>25'269'359</b>	43.60%
BL	271'125	1'962	273'087	73'855'991	51'532'811	<b>125'388'802</b>	41.10%
LU	370'931	208	371'139	100'373'907	68'898'922	<b>169'272'829</b>	40.70%
ZG	111'151	92	111'243	30'085'399	19'984'467	<b>50'069'866</b>	39.90%
GR	194'753	231	194'984	52'733'045	34'937'350	<b>87'670'395</b>	39.90%
GL	38'259	5	38'264	10'348'559	6'705'882	<b>17'054'441</b>	39.30%
UR	34'772	5	34'777	9'405'415	6'055'187	<b>15'460'602</b>	39.20%
NW	40'164	5	40'169	10'863'606	6'931'323	<b>17'794'929</b>	39.00%
<b>SG</b>	<b>474'316</b>	<b>437</b>	<b>474'753</b>	<b>128'396'170</b>	<b>65'042'188</b>	<b>193'438'358</b>	<b>33.60%</b>
AG	596'795	3'407	600'202	162'323'757	73'041'344	<b>235'365'101</b>	31.00%
SZ	143'699	34	143'733	38'872'316	14'200'196	<b>53'072'512</b>	26.80%
AI	15'517	7	15'524	4'198'315	1'090'895	<b>5'289'210</b>	20.60%
<b>CH</b>	<b>7'801'278</b>	<b>22'525</b>	<b>7'823'803</b>	<b>2'115'935'691</b>	<b>1'954'411'994</b>	<b>4'070'347'685</b>	<b>48.00%</b>

QUELLE:

<http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/01156/02446/index.html?lang=de> oberste Tabelle für 2014 jeweils Tabellenblatt 407d

## Anschauungsmaterial Pendlerstrafe

(1) <http://www.pendlerabzug.ch/>

(2) <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/01/pan.html>

1960

Landwirtschaft 14.5 %

Industrie 46.6 %

Dienstleistung 39.0 %

2014

Landwirtschaft 3.5 %

Industrie 22.1 %

Dienstleistung 74.4 %

(3) <http://www.gesetzsammlung.sg.ch/frontend/versions/1773?locale=de>

(4) Opfer der Sparpakete bei IPV <http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Die-Auswirkung-ist-skandaloes;art120094,3777781>

(5) IPV Prämienberechner <https://www.svasg.ch/de/online-schalter/berechnungstools/online-berechnungen/ipv.php>

(6) Steuerrechner <http://www.steuern.sg.ch/home/privatperson/eservices/steuerkalkulator0.html>

- (7) Comparis <https://www.comparis.ch/krankenkassen/default.aspx>
- (8) EL <https://www.svasg.ch/de/online-schalter/pdf/502.pdf>
- (9) IPV <https://www.svasg.ch/ipv/>
- (10) EG-KVG Einführungsgesetz <http://www.gesetzessammlung.sg.ch/frontend/versions/1806>
- (11) SP zur IPV [http://www.sp-sg.ch/wp-content/files/150722\\_MM\\_Krankenkassenprmien\\_steigen.pdf](http://www.sp-sg.ch/wp-content/files/150722_MM_Krankenkassenprmien_steigen.pdf)
- (12) unser Brainstorming zum Gesundheitswesen resp. Krankheits-Unwesen. <http://parteifrei-sg.ch/themen/> (10.2015)